Donald Trump hat bei seiner Reise durch Katastrophengebiete in Kalifornien und North Carolina einmal mehr die politische Bühne betreten – mit einer überraschenden Idee: Die Abschaffung der Federal Emergency Management Agency (FEMA). Eine kühne Aussage, die nicht nur für Schlagzeilen sorgt, sondern auch grundlegende Fragen zur Zukunft der Katastrophenhilfe in den USA aufwirft.

Ein Blick auf die Katastrophengebiete

In Kalifornien, wo verheerende Waldbrände wüten, zeigte Trump sich besorgt über die langsame Wiederaufbaugeschwindigkeit. An der Seite von Gouverneur Gavin Newsom, einem seiner politischen Gegenspieler, beschwor er eine Zusammenarbeit, die angesichts der Umstände dringend nötig scheint. Trotz ihrer Differenzen in der Vergangenheit tauschten sie Höflichkeiten aus – ein seltener Moment der Einigkeit.

Während Trump die bürokratischen Hürden für den Wiederaufbau kritisierte, lobte Newsom die Unterstützung, die er während der Pandemie von der Trump-Regierung erhalten hatte. Doch hinter der Fassade der Höflichkeit schwelten Spannungen: Trump forderte schnellere Genehmigungen, während Newsom auf Sicherheitsaspekte und die Gefahren von Schadstoffen hinwies.

In North Carolina traf Trump Überlebende des Hurrikans Helene, die von ihren dramatischen Rettungsaktionen erzählten. Viele Bewohner kämpfen noch immer mit Versicherungsstreitigkeiten und dem Gefühl, von der Regierung im Stich gelassen worden zu sein. Obwohl FEMA hier bereits Millionen an Hilfsgeldern ausgezahlt hat, bleibt die Frustration hoch.

Die Kritik an FEMA: Bürokratisch und langsam?

Trump nahm kein Blatt vor den Mund: FEMA sei eine „große Enttäuschung“, ein schwerfälliger Verwaltungsapparat, der schneller und effizienter handeln müsse. Seine Idee, die Verantwortung für Katastrophenhilfe stärker in die Hände der Bundesstaaten zu legen, stößt jedoch auf Skepsis.

Ehemalige Beamte wie Michael Coen, der während der Biden-Regierung als Stabschef bei

FEMA tätig war, weisen darauf hin, dass die Behörde gerade dann einspringt, wenn die Kapazitäten der Bundesstaaten erschöpft sind. Coens Meinung nach wäre eine Dezentralisierung ein gefährliches Experiment, das das ohnehin fragile System weiter belasten könnte.

Politische Agenda oder echte Reform?

Trumps Äußerungen kommen nicht von ungefähr. Der ehemalige Präsident nutzt die Gelegenheit, um seine Basis zu mobilisieren und Kritik an demokratischen Bundesstaaten zu üben. Seine Forderung, Hilfsgelder an Bedingungen wie strengere Wähleridentifikationsregeln zu knüpfen, zeigt, wie politisch aufgeladen die Katastrophenhilfe geworden ist.

Zudem setzt Trump auf unkonventionelle Personalentscheidungen. Mit Cameron Hamilton, einem ehemaligen Navy SEAL ohne große Erfahrung im Katastrophenmanagement, als kommissarischem FEMA-Direktor unterstreicht er seine Bereitschaft, bewährte Strukturen aufzubrechen.

Die Rolle des Klimawandels

Was Trump in seinen Äußerungen weitgehend ausspart, ist der Zusammenhang zwischen Klimawandel und der Häufung extremer Wetterereignisse. Wissenschaftler sind sich einig: Der Klimawandel verstärkt sowohl die Intensität von Hurrikans wie Helene als auch die Trockenheit, die Kaliforniens Brände begünstigt. Doch Trump, der den Klimawandel wiederholt heruntergespielt hat, konzentriert sich lieber auf unmittelbare politische Ziele.

Was bedeutet das für die Zukunft?

Trumps Vorschlag, FEMA abzuschaffen oder radikal zu reformieren, mag vielen als unrealistisch erscheinen. Doch er wirft eine grundlegende Frage auf: Sollten Katastrophenhilfen stärker lokalisiert werden, oder ist eine zentrale, föderale Lösung der

richtige Weg?

Die Debatte könnte sich zu einem zentralen Thema der politischen Landschaft entwickeln – insbesondere, wenn extreme Wetterereignisse zunehmen und die Belastung für Staaten und Gemeinden weiter wächst.

Am Ende bleibt die Frage: Wie viel politisches Kalkül steckt hinter Trumps Kritik, und wie viel echter Wille zur Verbesserung? Sicher ist, dass diese Diskussion noch lange nicht beendet ist – und möglicherweise neue Fronten in der ohnehin polarisierten US-Politik eröffnet.